# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 8-mm-Spaltzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Pfennige, auswärtige Anzeigen 25 Pfennige, Reklamepetitzeile 60 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 30 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 19 — Sonntag, den 23. Januar 1927 — 22. Jahrgang


# Ein Manifest des Zentrums.

### Bekenntnis zur Republik.

**Berlin, 21. Januar.**

Das Zentrum hat die Abgeordneten Dr. Wirth, Joos und Dr. Brauns beauftragt, ein Manifest an die Wähler des Zentrums fertigzustellen, das die innen- und außenpolitischen Grundlinien darlegen soll, nach denen sich das Zentrum in seiner Haltung zu richten gedenkt. Der Fraktionsvorstand des Zentrums hat gestern nachmittag das Manifest gutgeheißen, in der siebenten Abendstunde ist die Fraktion zusammengetreten und hat das Manifest zum Beschluß erhoben. Das Manifest hat folgenden

**Wortlaut:**

„Mit wachsendem Befremden sind weite Kreise des deutschen Volkes der politischen und parlamentarischen Entwicklung der letzten Wochen gefolgt. Die öffentliche Meinung im Lande vermag bei dem Zank und Streit der Parteien keinen Sinn mehr zu erkennen. Sie will in dem politischen Wirrwarr unserer Tage klaren Weg und zuversichtliche Führung sehen. Beides ist nur zu gewinnen, wenn wir unserem politischen Tun Richtung auf ein höheres Ziel geben und das politisch Notwendige entschlossen aussprechen. Die Zentrumspartei hat seit den Tagen des Zusammenbruches ihre politische Sendung wohl erkannt und ist ihr in den schweren, verantwortungsvollen Jahren stets treu geblieben. Ihre ganze Arbeit war Rettungsarbeit am deutschen Volke und Aufbauarbeit am deutschen Staate. Die Fundamente unseres neuen deutschen Staates sind in Weimar gelegt worden. Im Weimarer Verfassungswerk ist jener neue politische Wille durchgebrochen, der nach außen hin die nationale Geltung auf dem Wege der Verständigung mit anderen Nationen und nach innen die Erzielung eines vertieften Volksbewußtseins durch eine umfassende soziale Erneuerung unseres nationalen Lebens erstrebt.

**Es gibt für uns keine andere staatliche Wirklichkeit, als die der deutschen Republik mit ihren Symbolen.**

Sie hat dem deutschen Volk seine Einheit in verzweifelten Tagen gerettet. Auch für die fernere Zukunft ist sie der allein hoffnungsvolle Weg. Die deutsche Zentrumspartei hat dieses Verfassungswerk mitgeschaffen.

Wir stehen zu ihr, indem wir ihren Sinn hüten, entfalten und pflegen und uns ständig bemühen, diese Verfassung in organischer Verbindung mit dem Volksganzen und seinen lebendigen Kräften zu halten. Die deutsche Republik soll uns nach außen hin frei machen und nach innen die Kräfte auslösen, die den deutschen Staat zum besten Volksstaat machen. Aus dem Wurzelboden unseres deutschen Volksgeistes müssen die Kräfte der Wissenschaft, der Kunst, der Volkserziehung, der Familie und der übrigen Gemeinschaften aufsteigen und einströmen in die hehre Einheit des Staates, in dem sich der Dienst an unserem Volke vollzieht. Der Geist des deutschen Volkstumes aber muß sich immer wieder erneuern aus dem christlichen Glauben. Auf ihn muß sich die sittliche Entwicklung unseres Volkes, insbesondere die Erziehung unserer Jugend aufbauen. Bei der Gestaltung des Schulwesens sind die Gewissensfreiheit und das Elternrecht zu wahren.

**Als Machtinstrument unseres Staates ist uns nur die Reichswehr verblieben.** Sie ist eine Staatsnotwendigkeit. Sie ist ein Bestandteil der deutschen Republik. Es gibt keine politische Hoheit des Staates ohne Macht. Daraus erwächst dem deutschen Volksheer seine innere Begründung und seine Aufgabe. Heute gilt es, gewisse Befürchtungen wegzuräumen, als ob die Reichswehr nur bestimmten politischen Gruppen dienstbar wäre. Unsere Reichswehr darf weder einer Partei noch einer Klasse, noch irgendwelchen sonstigen Machtgruppen dienen.

**Sie gehört dem in der deutschen Republik geeinten Volk.**

Die Rekrutierungsfrage muß in einer Form gelöst werden, die den wahrhaft verfassungstreuen Söhnen unseres Volkes Zugang zu diesem Waffendienst ermöglichen soll.

Gewaltig und tiefgreifend sind die sozialen Umschichtungen in unserem Volke seit dem Weltkrieg gewesen. Sie haben die Zahl der unselbständigen und besitzlosen Massen in unserem Volke vermehrt und die Notwendigkeit, auf den inneren Zusammenhalt in unserem Volke bedacht zu sein, erst recht fühlbar gemacht. Die deutsche Zukunft erfordert, daß West und Ost, Süd und Nord, Stadt und Land, Unternehmer und Arbeiter sich im gemeinsamen Werk wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entfaltung besser verstehen und in gegenseitiger Achtung würdigere Formen des Austrages von Interessengegensätzen finden. Es stehen große Gesetzesvorlagen vor uns, die das Gesamtwerk der deutschen Sozialpolitik fortführen und vollenden sollen.

**Unsere staatliche Sozialpolitik muß sich zur sozialen Staatspolitik ausweiten,**

aber nicht Gesetze allein, sondern wahrhaft soziale Erneuerungen im Geiste und im Willen tun not, wenn sie bei den verzweifelten Massen neue Hoffnung und neues Vertrauen gewinnen sollen.

Alle Aufbauarbeit im Innern und alle soziale Reformarbeit wird nur dann Erfolg haben können, wenn es gelingt, das deutsche Volk als Ganzes wieder in eine europäische zwischenstaatliche Rechtsordnung einzufügen. Auch die Außenpolitik und die Beziehungen Deutschlands zu den Völkern der Welt müssen, wie wir das immer erstrebt haben, in einem neuen Geiste der Vertragstreue, des Verständigungswillens, der loyalen Mitarbeit in den Einrichtungen der Völkersolidarität sich vollziehen. Deutschland ist Mitglied des Völkerbundes, und nun haben wir unsere Politik so einzurichten, daß sie dieser Gemeinschaft der Nationen angemessen ist. In der Einordnung in die gegebene Solidarität der Völker darf und soll das Wesen unserer eigenen Nation nicht verdunkelt werden.

Unser Sehnen geht nach Freiheit und selbständiger Schicksalsgestaltung. Kein gesittetes Volk kann ohne gesicherte Grenzen leben, kann es ertragen, daß sein Gebiet von fremder Macht besetzt bleibt. Jede deutsche Politik wird deshalb in zäher Ausdauer mit den Methoden der neuen Politik und ohne nationale Lebensinteressen zu verletzen auf eine möglichst

**baldige endgültige Räumung des Rheinlandes**

hinarbeiten müssen.

Deutschland ist in London und Genf internationale Verpflichtungen eingegangen. Wir stehen zu diesen Verpflichtungen und sehen in der

**Rechtsgültigkeit der Verträge von Locarno**

die wesentliche Voraussetzung jeder erfolgverheißenden Außenpolitik. Früchte dieser Außenpolitik, die wir in langen, schicksalsschweren Jahren stets vertreten haben, sind herangereift.

Niemand, der ernsthaft zur Verantwortung greifen will, darf diese unsere politischen Grundlinien übersehen und versäumen, sie anzuerkennen. Die nächste Aufgabe der weiteren Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, die wir uns besonders angelegen sein lassen, kann nur gelingen, wenn beide Teile jederzeit im Geiste der europäischen Solidarität arbeiten und den bloßen Machtgedanken zurückstellen. Wir erinnern an das Bekenntnis zu einer friedlichen Entwicklung gerade jetzt, wo Befürchtungen, die ungerechtfertigterweise aufkommen, zurückgedrängt werden müssen. In diesem geistigen Rahmen sieht die Zentrumspartei die zur Zeit notwendige und nationale Politik. Sie ist von dem Wunsche beseelt, möglichst rasch die Kräfte zu einer Regierung zu sammeln, welche die bestmöglichste Bürgschaft zu einer Festigung des inneren Zusammenhaltens unseres Volkes in staatspolitischem und gesellschaftlichem Sinne in sich schließt."

*

## Das sozialpolitische Programm.

Im Anschluß an die Kundgebung des Zentrums veröffentlicht das Zentrum sein sozialpolitisches Programm. Darin wird betont, die Partei sei bestrebt, zum Ausgleich der sich kreuzenden Interessen im Rahmen und mit dem Ziele der Förderung des Gesamtwohls den notleidenden Gliedern unserer Wirtschaft besonders zu helfen und schrecke nicht davor zurück, auch Opfer aufzuerlegen da, wo das Gesamtwohl es verlangt. Mit einem Hinweis auf das vor Jahresfrist veröffentlichte

**Wirtschaftsprogramm**

wird weiter ausgeführt: Die Erhaltung einer möglichst großen Anzahl Eigenbetriebe des Handels, Handwerks und Gewerbes halten wir für eine Notwendigkeit. Im Rahmen unseres Bestrebens nach gerechter Verteilung und Senkung der öffentlichen Abgaben werden wir auf eine Entlastung der wirtschaftlich Schwachen in allen Ständen drängen. Als eine zurzeit besonders wichtige wirtschaftspolitische Aufgabe erachtet die Zentrumspartei die schrittweise Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft. Dies ist nur möglich, indem gleichzeitig der Wohnungsbau gesteigert, jeder Mietswucher bekämpft und die unvermeidliche Heraufsetzung der Mieten durch entsprechende Löhne und Gehälter ausgeglichen wird. Die Zentrumspartei nimmt sich der Landwirtschaft und ihrer Interessen durch Förderung der landwirtschaftlichen Technik und durch entsprechende Handels- und Steuerpolitik nachdrücklich an. Das Zentrum bleibt die Partei der Sozialreform. Obenan steht ihm heute die Herbeiführung eines Zustandes, in dem die rechtliche Anerkennung der Gleichstellung des Arbeitnehmers mit dem Arbeitgeber ihre staatliche Auswirkung findet. Diesem dringenden Gebot soll der Ausbau unseres Arbeitsrechtes dienen, dessen nächster Schritt ein einheitliches Arbeitsschutzrecht einschließlich des besonderen Schutzes der Bergarbeit ist, das vor allem die Arbeitszeit im Einklang mit den internationalen Vereinbarungen regelt. Für die öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen muß endlich eine Form gefunden werden, die das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in der Wirtschaft verwirklicht. Das Zentrum ergreift hiermit die Gelegenheit, um in der Gesetzgebung sowohl wie auf allen anderen Gebieten der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit die beiderseitige Achtung zu gegenseitiger Rücksichtnahme zu fordern. Der Ausbau unserer Sozialversicherung durch eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, die Verbesserung der Lage der Invaliden, die Krankenversicherung der Seeleute sind nächste Ziele der Zentrumspolitik. Wir erstreben auf diesem Gebiete internationale Abmachungen. Besondere Aufmerksamkeit erheischt dabei die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die Klein- und Sozialrentner und nicht zuletzt für die Erwerbslosen. Die Frage der Arbeitslosigkeit sehen wir als ein Problem von größter staatspolitischer Bedeutung an. An ihrer Lösung nach besten Kräften durch Förderung und Verbesserung des Arbeitsnachweises, durch Arbeitsbeschaffung und durch geldliche Unterstützung mitzuarbeiten, halten wir daher für eine zurzeit vordringliche Aufgabe unserer ganzen sozialfürsorglichen Arbeit.

### Marx nimmt den zweiten Auftrag an.

**Berlin, 22. Jan.** Reichskanzler Dr. Marx wird sich auf Grund dieses Beschlusses heute zu dem Reichspräsidenten begeben und ihm mitteilen, daß er den Auftrag zur Bildung der bürgerlichen Mehrheitsregierung annimmt. Dr. Marx wird darauf, wie es heißt, seine Besprechungen mit den in Betracht kommenden Parteiführern aufnehmen.

**Berlin, 22. Januar.** Reichskanzler Marx begab sich heute zu dem Reichspräsidenten, berichtete über den gestrigen Beschluß der Zentrumspartei und erklärte, daß er im Sinne dieses Beschlusses den Auftrag zur Regierungsbildung annehme.

## Pressestimmen.

Das Zentrumsprogramm wird von den deutschnationalen Zeitungen als eine geeignete Grundlage zu Verhandlungen mit der Deutschnationalen Volkspartei angesehen. Seine politische Bedeutung, so schreibt die „Kreuzzeitung", beruht darin, daß damit endlich die Stagnation dank der Initiative des Herrn Reichspräsidenten überwunden ist. Bei gegenseitigem guten Willen sehen wir keine unübersteiglichen Hindernisse, um eine Plattform zu finden, die eine dem Wunsche des Reichspräsidenten entsprechende Mehrheitsregierung zu tragen imstande ist. Die „Deutsche Tageszeitung" sagt: Wenn in der Erklärung des Zentrums einleitend betont wird, daß sie den Zugang zu Verhandlungen für Dr. Marx eröffnen solle, so können grundlegende Bedenken, sie in diesem Sinne aufzufassen, kaum geltend gemacht werden. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" hofft, daß die jetzt beginnenden Verhandlungen allseits in einer Art geführt werden, daß sie das deutsche Volk die Vorgänge der letzten Krisenwochen vergessen machen. In der „Täglichen Rundschau" heißt es: Das gesamte sozialpolitische Programm dürfte zwischen dem Zentrum und den Deutschnationalen zu großen Auseinandersetzungen kaum Anlaß geben. Auch die Kundgebung enthält in ihrem politischen Teil keine Formulierung, die auf Seiten der Deutschnationalen einem Nein begegnen wird. Die „Germania", so schreibt das Berliner Zentrumsorgan, hat in freimütiger Kritik gewisser Vorkommnisse der letzten Tage nicht zurückgehalten. Umso unbedenklicher werden wir es anerkennen, wenn die Entwicklung, die die Dinge im weiteren Verlaufe nehmen werden, dennoch zu einem annehmbaren Ausweege aus der Sackgasse führt, in der die deutsche Politik festsitzt. Die „Germania" dementiert eine Zeitungsmeldung, wonach Nuntius Pacelli auf die Stellungnahme des Zentrums in den letzten Tagen Einfluß genommen haben soll. Die „Vossische Zeitung" bemerkt: Bei den Verhandlungen mit den Deutschnationalen wird es